

Politische Teilhabe junger Menschen

Die politische Teilhabe junger Menschen ist ein Grundelement einer lebendigen und zukunftsfähigen demokratischen Gesellschaft. Angesichts gravierender Veränderungen im Kontext gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse ist die demokratische Gesellschaft herausgefordert, allen Mitgliedern in einem umfassenden Sinn Teilhabe zu ermöglichen. Die Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens erfordert die Mitwirkung und Kreativität, das Engagement und die Entfaltung der Potentiale aller Mitglieder der Gesellschaft. In einer demokratischen Gesellschaft begreifen sich Kinder und Jugendliche als Subjekte der Politik, sie wollen ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen in den demokratischen Prozess einer innovativen Weiterentwicklung der Gesellschaft einbringen. Inwieweit eine demokratische Gesellschaft Kindern und Jugendlichen als den zukünftigen Akteuren reale Teilhabe ermöglicht, ist ein Gradmesser für ihre Zukunftsorientierung und Integrationsfähigkeit.

Aktuell besteht die Frage, wie es um die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bestellt ist. Wie können sie sich in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen, wie können sie auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen und dabei mitwirken? Wie sind sie an Entscheidungen beteiligt, die ihre aktuelle Situation und ihr zukünftiges Leben betreffen? Bieten die vorhandenen Strukturen Jugendlichen die Chance, sich als handelnde Subjekte zu begreifen, die selbstbewusst und selbstverantwortlich auf politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss nehmen?

Politische Teilhabe in diesem Sinne beschränkt sich nicht nur auf die Themen in der unmittelbaren Lebenswelt. Politische Entscheidungen über aktuelle gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen haben mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf die Lebenssituation und die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Stichwortartig sollen hier einige der Themen genannt werden. Die anhaltende Kinder- und Jugendarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere, Probleme des Bildungssystems, die wachsende Staatsverschuldung, die ungewissen Folgen ökonomischer Globalisierungsprozesse und die zunehmende Unsicherheit der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sind Themen, die Kinder und Jugendliche in materieller und psychischer Hinsicht betreffen. Darüber hinaus gefährden sie das Miteinander der Generationen wie die Zukunft unserer Gesellschaft, weil die junge Generation von den Auswirkungen dieser Probleme bzw. den politisch gefundenen Lösungen in besonderem Maße belastet und getroffen wird. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie Kinder- und Jugendliche ihre Interessen in unsere Gesellschaft nicht nur einbringen, sondern in den politischen Meinungsbildungsprozessen auch durchsetzen können, mit besonderer Dringlichkeit. Aus diesem Problem- und Handlungsdruck des politischen Systems kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Politik den Interessen und Anliegen von Jugendlichen gegenwärtig einen zentralen Stellenwert einräumt oder dass Jugendliche ihre Interessen in besonders engagierter Weise in die aktuellen Debatten einbringen.

Ergebnisse der Jugendstudien lassen sich in einer zentralen These bündeln: Politik wird von Jugendlichen nicht als ein zentrales Betätigungsfeld betrachtet. Einen Einblick in die Präferenzen und Interessen von Jugendlichen geben z. B. die Ergebnisse des aktuellen DJI Jugendsurvey aus dem Jahr 2003. Danach setzen sich von den 16- bis 29-jährigen Jugendlichen 13 % oft und 35 % gelegentlich für die Interessen von Jugendlichen also für ihre Interessen ein. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass 52 % äußern, dies nie zu tun. Mit Aspekten der Freizeitgestaltung beschäftigen sich 12 % oft und 30 % gelegentlich, für

soziale und politische Veränderungen engagieren sich 2 % oft und 18 % gelegentlich und 80 % geben an, sich nie für dieses Thema einzusetzen. (Vgl. Gille u. a. 2006)

Lediglich 2 % der befragten Jugendlichen geben an Mitglied einer Partei zu sein und 1 % geben die Auskunft, dass sie dort auch aktiv sind. Die höchste Quote im Bereich der Mitgliedschaft erzielen die Sportvereine mit 35 %, als Gewerkschaftsmitglieder bezeichnen sich 8 % der Befragten, als Mitglied in einem kirchlichen Verband erklären sich 7 % und als Mitglied in einem Jugend- und Studentenverband 5 % der befragten Jugendlichen. Die Angaben zur Mitgliedschaft weisen deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den jungen Männern und jungen Frauen auf. In Westdeutschland sind 58 % der Jugendlichen in traditionellen Organisationen engagiert im Osten 42 %. 62 % der jungen Männer geben an, in einer der angegebenen Organisationen Mitglied zu sein, während die Quote bei den jungen Frauen nur 48 % beträgt.

Im 3. Jugendsurvey wird auch nach den Einstellungen der Jugendlichen gegenüber und ihren Aktivitäten in informellen Gruppierungen gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass den Gruppen, die den neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen sind, viel Sympathie entgegen gebracht wird. Auf den ersten Plätzen liegen Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen, mit einem leichten Abstand folgen die Tierschutzinitiativen. Die Quote der Aktiven liegt bei diesen Gruppen zwischen sieben und acht Prozent. Zum Themenschwerpunkt politische Partizipation erklärten 92 % der Befragten, dass sie bereit sind, sich an Wahlen zu beteiligen. Noch 80 % der Befragten im Alter über 18 Jahren erklären, dass sie schon einmal an einer Wahl beteiligt haben. Zwischen der geäußerten Bereitschaft und der berichteten Aktivität sind teilweise enorme Differenzen zu verzeichnen. So äußern 16 % der Jugendlichen, dass sie bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen, während lediglich 2 % erklären, dass sie ein Amt übernommen haben. Zur aktiven Parteiarbeit sind nach der Befragung 19 % der Jugendlichen bereit, etwa 2 % geben an in einer Partei aktiv mitzuarbeiten. In einer Bürgerinitiative sind 35 % der Jugendlichen bereit, sich zu engagieren, für 5 % ist das bereits Realität geworden. (Alle Daten Gille u. a. 2006)

Wenn man nun die Angaben der Befragten zur ihrer Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen oder ihre Auskunft, dies zu tun mit den Ergebnissen der Analysen der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl vom September 2005 vergleicht, zeigen sich doch deutliche Differenzen zwischen den Befunden der Forschung und dem realen Handeln. Nach den vom Bundeswahlleiter veröffentlichten Zahlen ist in den Gruppen der Erst- und Jungwähler die niedrigste Wahlbeteiligung zu registrieren. Die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 insgesamt betrug 78,3 %, bei der Gruppe der unter 21-Jährigen lag die Quote bei 70,0 % und bei den 21- bis 25-Jährigen sogar nur 66,5 %.

Die bisher dargestellten Zahlen belegen, dass sicherlich nicht grundsätzlich von einem Desinteresse von Jugendlichen an sozialen und politischen Fragen oder einer fehlenden Bereitschaft, sich für soziale und politische Fragen zu engagieren, ausgegangen werden kann. Was sich jedoch belegen lässt, ist eine große Distanz gegenüber dem System der Parteipolitik und eine ausgeprägt Skepsis hinsichtlich der Problemlösungskompetenz dieses Systems. Nach der 14. Shell Jugendstudie trauen 37 % der Befragten keiner Partei eine Lösung der anstehenden Probleme zu. Hinzu kommt, dass 19 % der Jugendliche diese Frage nicht beantworten. (Vgl. Dt. Shell 2002)

Bestätigt wird dieses Resultat durch das Ergebnis einer Befragung von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Nach dieser im Jahr 2004 durchgeführten Studie geben über die Hälfte (52,5 %) der Befragten an, mit der Politik unzufrieden (28,9 %) oder sehr unzufrieden (23,6 %) zu sein und 79,8 %

stimmen der Aussage zu: „In der Politik müsste vieles verbessert werden“. (Bertelsmann Stiftung 2005)

Andererseits zeigt eine altersbezogene Auswertung der monatlichen Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF, dass sich in der Beurteilung der Parteien durch Jugendliche keine gravierende Verschlechterung nachweisen lässt. Unter den Jugendlichen schwankt der Anteil derjenigen, die als parteiverdrossen bezeichnet werden können, im Zeitraum zwischen 1990 bis 2002 immer zwischen 3 bis 5 %. Gleichzeitig habe der Anteil der Parteiverdrossenen unter den Erwachsenen in diesem Zeitraum jedoch zwischen 4 bis 9 % betragen. (Vgl. Niedermayer 2006)

Aufgrund des geringen Organisationsgrades der Jugendlichen müsse jedoch von einer deutlichen Parteiabstinenz der Jugendlichen gesprochen werden. Das Verhältnis der jungen Generation zum politischen System kann als ambivalent beschrieben werden. Die 14. Shelljugendstudie zeigt zwar eine breite Akzeptanz der Demokratie: 71 % der Jugendlichen halten die Demokratie für eine gute Staatsform, doch mit ihrer Praxis sind jedoch nur 58 % der jungen Menschen zufrieden. Interesse an Politik zu haben, äußern 30 % der Befragten. Das Bild vervollständigt, dass auf der Skala des Vertrauens in gesellschaftliche Institutionen und Gruppierungen die Parteien das Schlusslicht bilden. (Vgl. Dt. Shell 2002)

Darüber hinaus lassen sich bei Jugendlichen Veränderungen in ihrer Bereitschaft, sich sozial oder politisch zu engagieren registrieren. Bevorzugt wird ein kurzfristiges, projektbezogenes, weniger verbindliches und output-orientiertes Engagement. In den Jugendverbänden zeigt sich dies an den Veränderungen, wie Ehrenamtlichkeit gelebt und praktiziert wird. Am Rande vermerkt: Eine Tendenz macht noch keine Regel: Die breite Alltagspraxis zeigt, dass auch das „klassische Verbandsehrenamt“ noch lange nicht tot ist, aber von vielen neuen Ausprägungen umrahmt und ergänzt wird.

Problematisch für die Jugendverbände ist, dass sie eher als Teil des Problems als ein Gegenmittel oder gar eine Lösung begriffen werden: „Ein Teil der Jugendlichen ist heute nicht nur nicht desinteressiert an Politik, sondern ganz im Gegenteil in weiten Teilen politisch interessiert und engagiert – aber eben nicht interessiert und engagiert an oder in den Formen von Politik, die man in den Blick bekommt, wenn man etwa lediglich auf Parteien und Verbände oder klassische Formen politischer Beteiligung abhebt.“ So werden die etwa die leicht oder stark zurückgehenden Mitgliedschaftsquoten der Verbände als Merkmal der Involvierung und Interessenwahrnehmung im intermediären System als Krisenmerkmal gedeutet (vgl. Gille und Krüger 2000). Ebenso gravierend stellt sich bezogen auf die Jugendverbände die Frage nach der Legitimität der Interessenvertretung.

Jugendverbandsarbeit erreicht nur einen Teil der jeweiligen jungen Generation, wie stark diese wiederum mitgliedschaftlich in verbandsinterne Meinungsbildungsprozess eingebunden ist, steht darüber hinaus noch dahin: „Die begrenzte Verankerung der Jugendverbände in der Jugend begrenzt auch die Wirkung verbandsinterner Willensbildung.“ (Vgl. Richter 1999) Somit ist der Anspruch der Jugendverbände „Werkstätten der Demokratie“ zu sein (vgl. DBJR 1999) in Frage gestellt. Dies beinhaltet zwei Dimensionen: Die eine ist die Einübung demokratischer Praktiken durch die Betätigung in den demokratischen Strukturen der Jugendverbände, die andere der Anspruch, die Interessen junger Menschen zu vertreten. Beide bedürfen der differenzierten Betrachtung.

Das skizzierte Bild geht einher mit der Tatsache, dass in Zeiten knapper Ressourcen die Belange der jungen Generation von den politischen Eliten der Gesellschaft nicht ausreichend wahrgenommen und jenseits von Erklärungen und Sonntagsreden nicht in reale Politik umgesetzt werden. Immer mehr junge Menschen erleben unsere Gesellschaft als ungerecht, weil ihnen die Zugänge zu angemessener Bildung, der Einstieg ins Berufsleben und die

angestrebte soziale Sicherheit verwehrt bleiben. Gleichzeitig wird weiten Teilen der jungen Generation mit dem Wahlrecht eine zentrale Möglichkeit vorenthalten, die demokratische Meinungsbildung zu beeinflussen und so für eine Wahrung ihrer Interessen zu sorgen. Mit der demographischen Entwicklung wird sich diese Situation in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Das Ziel, allen jungen Menschen eine umfassende materielle, soziale und kulturelle Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen ist eine Kernaufgabe einer demokratischen Gesellschaft. Wenn nun festgestellt werden muss, dass eben diese Rechte vom politischen System nicht selbstverständlich gewährt werden, ist zu fragen, wie junge Menschen ihre Rechte wirksam in das politische System einbringen können. Die bisherigen Überlegungen verdeutlichen ein zentrales Problem: Junge Menschen sind unzureichend an politischen Entscheidungen beteiligt, ihre Interessen und Anliegen werden nicht angemessen berücksichtigt.

Aktuelle Diskussion um das Wahlalter

Als Folge der demographischen Entwicklung haben junge Menschen künftig noch weniger Einfluss

Eine Analyse aktueller politischer Entscheidungen zeigt, dass die Anliegen und Interessen junger Menschen in gesellschaftlichen und politischen Prozessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein wichtiger Faktor in diesem Kontext ist mit Sicherheit die demographische Entwicklung, denn von Beobachtern werden die politischen Entscheidungen zu Lasten der jungen Generation mit dem bereits jetzt bestehenden Übergewicht der über 50-jährigen bei gesellschaftlichen Entscheidungen in Zusammenhang gebracht. Kurz gefasst lautet das Bild: „Die Älteren leben auf Kosten der Jungen und setzen dies durch, in dem sie diese von politischen Mitwirkungsrechten weitgehend ausschließen.“

Dieses Bild des politischen Übergewichtes der Älteren stellt die demographische Entwicklung in den Mittelpunkt der Problemanalyse: Die Veränderungen der Alterspyramide der Gesellschaft führt zu einer nachhaltigen Störung im Machtverhältnis zwischen älterer und jüngerer Generation. Die demographische Entwicklung gefährdet die demokratische Mitwirkung der jüngeren Generation. Träfe diese These zu, wären hieraus vier Konsequenzen zu ziehen:

- Es gibt (nur) eine Ursache für das Problem einer mangelnden politischen Beteiligung Jugendlicher – die demographische Entwicklung
- Niemand ist (im eigentlichen Sinne) für das Problem verantwortlich, denn die demographische Entwicklung erscheint nur sehr eingeschränkt steuerbar.
- Die Verschiebung des quantitativen Verhältnisses der Generationen in der Gesellschaft steht erst am Anfang – das Problem wird sich noch massiv verschärfen.
- Das Problem lässt sich durch eine Wiederherstellung des Gleichgewichtes lösen, indem mehr junge Menschen das Wahlrecht erhalten.

Die nahe liegende Konsequenz ist, eine Absenkung des Wahlalters zu fordern, um so die Einflussmöglichkeiten der jungen Generation wieder zu stärken. Eine scheinbar einleuchtende Lösung, die eine Beantwortung wichtiger Fragen vermeidet: Etwa, sind im Vergleich zu früheren Jahrzehnten im Bereich der politischen Beteiligung und Interessenvertretung junger Menschen gravierende Änderungen eingetreten? Oder, wie ist der Nachwuchsmangel der Nachwuchsorganisationen der Parteien zu erklären? Unberücksichtigt bleibt auch die vielfach konstatierte politische Organisationsmüdigkeit und Ablehnung repräsentativer Beteiligungsformen gerade durch Jugendliche.

Pro und contra Wahlalterdiskussion

Kein Zweifel: Wenn geschätzte 10 Millionen junge Menschen als zusätzliche Wähler(innen) mit ihren Stimmen Einfluss auf den Ausgang von Wahlen nehmen würden, könnte dies das politische Gewicht der jungen Generation stärken. Bei strategischen Entscheidungen in den Parteien und den engeren Zirkeln der Macht würden zumindest nicht mehr gar so leichtfertig Wählerpotentiale (und die Interessen der jungen Generation) übergangen. Die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters ist demnach als „potentiell hilfreich“ zu unterstützen. Eine grundsätzliche Verbesserung der Situation wäre aber kaum zu erwarten. Nach wie vor wäre der „Ü 50“ Faktor bestimmend, und im Konflikt zwischen Rentenkürzung und Ausbildungsumlage würden junge Menschen auch bei Wahlen zwangsläufig den kürzeren ziehen. Eine relevante Erhöhung der Wahlbeteiligung junger Menschen oder eine Überwindung des T.I.N.A.-Effektes wäre unwahrscheinlich – denn ein echter Mehrwert an Mitentscheidungswirkung wäre kaum zu erreichen.

Das Wahlrecht hat einen hohen symbolischen Wert, es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Beteiligung an Wahlen ist darüber hinaus in Prozessen der gesellschaftlichen Interessenaushandlung ein Mittel – neben anderen – der Durchsetzung eigener Interessen. Vor diesem Hintergrund hat sich die aej, frühzeitig und immer wieder mit Fragen des Wahlalters befasst. Bereits 1989 wurde durch die Position „Mit 16 wählen“ die Frage der Beteiligung Jugendlicher bei Kirchenwahlen thematisiert. Mittlerweile sind in vielen protestantischen Kirchen Jugendliche ab 14 oder 16 Jahren bei Presbyteriumswahlen stimmberechtigt und nehmen dieses Recht auch intensiv wahr. Diese Erfahrung in Verbindung mit den durchgehend positiven Erfahrungen in einigen Bundesländern mit der Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre machen deutlich, dass eine Absenkung des Wahlalters nicht der Untergang des Abendlandes ist, wie einige Politiker(innen) zu befürchten scheinen. Es hat insgesamt eher den Charakter unaufgeregter Routine. Dass nachhaltige „Störungen“ des (Kirchen-)Politikbetriebes bislang an keiner Stelle aufgetreten sind – was auch kaum zu erwarten war – macht gleichzeitig deutlich, dass 2-3 Millionen zusätzliche Wahlberechtigte auf Bundesebene durch eine Senkung des Wahlalters keine substantielle Veränderung bedeuten.

Zusätzlich ist nach der Wahrscheinlichkeit zu fragen, ob es in absehbarer Zukunft zu einer relevanten Absenkung des Wahlalters kommen wird. Bereits die seit mehr als 10 Jahren immer wieder vorgebrachte Forderung einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat kaum relevante Erfolge erzielt. Politische Mehrheiten für eine solche Veränderung zu Gunsten der jungen Generation sind nicht in Sicht. Quantitativ relevante Effekte wären zudem erst bei einer weitergehenden Absenkung bis ins Kindesalter zu erreichen. Die Einführung eines Kinderwahlrechts ist jedoch noch unwahrscheinlicher. Realpolitisch zeugt es also nicht von übermäßiger strategischer Klugheit, eine erneute Debatte zu diesem Thema vom Zaun zu brechen oder hier auf schnelle Erfolge zu hoffen.

Generationenkonflikt oder Demokratie-Krise?

Als Zwischenfazit ist festzuhalten. Die demographische Entwicklung ist als ein Faktor zu berücksichtigen, wenn die verschiedenen Facetten der politischen Beteiligung Jugendlicher genauer betrachtet werden sollen. Dabei ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Herabsetzung des Wahlalters ein Instrument wäre, um die „Machtbalance zwischen den Generationen“ wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Wesentlicher ist jedoch folgender Zusammenhang: Interessenvertretung basiert auf vorhandenen Interessengruppen oder Quasi-Interessengruppen. Mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe stellt sich die junge Generation nur begrenzt als eine

handlungsfähige Interessengruppe dar. Wenn eingangs festgestellt wurde, dass „immer mehr“ junge Menschen marginalisiert werden, heißt dies konkretisiert: Die Gruppe der Benachteiligten wird immer größer. Nach der letzten 14. Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2002 ist etwa ein Viertel akut und fast die Hälfte der jungen Menschen latent davon bedroht, als „Modernisierungsverlierer“ den Anschluss zu verlieren. Gleichzeitig gibt es aber z. B. nicht nur immer mehr arme, sondern auch immer mehr gut ausgebildete und mit allen Chancen auf individuellen Erfolg versehene junge Menschen. Damit ist die eingangs aufgeworfene Situation nicht als Generationenkonflikt der alten gegen die junge Generation einzuordnen, sondern viel mehr als Teil einer Entwicklung anzusehen, in der die Chancen in der Gesellschaft immer ungerechter verteilt sind sowie arm und reich, Bildungsmöglichkeiten und Teilhabechancen immer weiter auseinanderklaffen. Und dies betrifft nicht nur junge Menschen – wenn diese auch besonders betroffen sind – sondern alle Generationen.

Begreift man Wahlen als Mittel zum Zweck gesellschaftlicher Prozesse der Interessenvermittlung und projiziert dies auf die aktuellen Problemlagen der Gesellschaft, gibt es gute Gründe, das Thema „Wahlalter“ in der politischen Debatte nachrangig zu behandeln. Junge Menschen können über ihre Beteiligung an Wahlen ihren gesellschaftlichen Einfluss kaum erhöhen. Die Interessenvermittlung der jungen Generation muss daher andere Wege finden, Einfluss zu nehmen.

Menschen handeln anwaltlich und aus Eigeninteresse für die junge Generation

Mit diesen Überlegungen sind die gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Frage nach Beteiligung und Teilhabe angesprochen. Wenn die Integration weiter Teile der jungen Generation in die Gesellschaft gefährdet ist, ist dies zunächst ein Problem für die jungen Menschen, die mit Benachteiligung und unzureichenden Teilhabemöglichkeiten zu kämpfen haben. Eben diese Situation wird aber gleichzeitig zum Problem der Gesellschaft. Ein Ausschluss weiter Teile der jungen Generation von ausreichenden Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft bedroht die Reproduktionsfunktion der Gesellschaft. Damit werden alle Teile der Gesellschaft betroffen.

Die Lage der jungen Generation ist eine zentrale gesellschaftliche Zukunftsfrage: Die abgehängten jungen Modernisierungsverlierer von heute werden morgen genau denen, die sie heute abhängen, keine Rente zahlen können. Dies muss der Gesellschaft bewusst werden, damit eine Umsteuerung – aus einem gesamtgesellschaftlichen Eigeninteresse heraus – erfolgen kann. Hier zeigt sich eine weitere Dimension des Problems: Die bisherigen Wege, politische Entscheidungen zu beeinflussen, erweisen sich kaum noch als wirksam. Die aktuellen politischen Entscheidungen – obwohl in der öffentlichen Rede etwas anderes behauptet wird – haben kaum nachhaltige Wirkung. Aber dies betrifft neben den unmittelbar betroffenen jungen Menschen auch Menschen anderer Generationen, die auf gelingende gesellschaftliche Reproduktionsprozesse angewiesen sind.

Deshalb ist davon auszugehen, dass die politische Beteiligung junger Menschen in ihrer Wirksamkeit nicht allein vom politischen Gewicht oder dem politischen Handeln der jungen Generation selbst abhängt und die Interessen der jungen Generation nicht nur von ihr selbst vertreten werden können.

- Es wäre falsch, Erwachsenen ein rein egotaktisches Verhalten zu Gunsten ihres direkten Vorteiles zu unterstellen. Natürlich setzen sich Eltern auch für die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder ein. Die Oma denkt nicht nur an ihre Rente, sondern auch an die Zukunft ihres Enkels.

- Das durchgängig zu konstatierende Interesse junger Menschen, gute Integrations- und Teilhabemöglichkeiten zu finden, entspricht dem Interesse Erwachsener, durch entsprechende Investitionen ihre eigene Zukunft abzusichern.
- Gesellschaftliche und politische Prozesse der Interessenvermittlung orientieren sich deshalb auch an übergreifenden Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit, Menschenwürde usw.

In der Konsequenz stellen sich die Probleme im Feld der politischen Beteiligung junger Menschen als Teil übergreifender gesellschaftlicher Probleme dar: Die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse haben sich - noch nicht – in neuen Formen einer gelingenden gesellschaftlichen Interessenvermittlung niedergeschlagen, die in der Lage sind, nachhaltige Formen der Politikgestaltung zu bewirken.

Organisation von Interessen

Die Frage des Wahlalters ist schließlich noch unter einem anderen Aspekt interessant. Es wurde bereits deutlich, dass die Prozesse gesellschaftlicher Interessenvermittlung nur bedingt von Wahlentscheidungen abhängen. Andere organisationelle Fragen erscheinen ebenso wichtig, es stehen mehrere Faktoren bei der politischen Entscheidungsfindung und Interessenvermittlung miteinander in Wechselwirkung. Es ist davon auszugehen, dass junge Menschen für die Organisation ihrer Interessen relevant weniger Ressourcen zur Verfügung haben, als Erwachsene: Sie verfügen über weniger materielle Ressourcen, haben mit Statusproblemen zu kämpfen und konnten noch keine persönlichen Netzwerke aufbauen. Vor diesem Hintergrund ist die Organisation jugendlicher Interessen mit Blick auf Politik und insbesondere Parteipolitik kaum wirksam möglich. Machtanalytisch zeigen sich Wechselwirkungen, die diese Faktoren im Sinne einer Spirale nach unten verstärken: Weil sich Modelle des kollektiven Handelns für junge Menschen kaum als Erfolg versprechend erweisen, ist es folgerichtig, dass junge Menschen individuelle Lösungswege für sich suchen. Damit gibt es jedoch immer weniger eine Grundlage, um die Interessen junger Menschen kollektiv zu organisieren. Umgekehrt kann angenommen werden, dass wenn es gelänge, der Interessenvertretung junger Menschen wieder mehr Wirkung zu verschaffen, diese auch wieder mehr Akzeptanz finden würde.

Die Möglichkeit einer wirksamen Interessendurchsetzung ist die wesentliche Grundlage der Interessenorganisation (und umgekehrt). Die Möglichkeit, durch Wahlentscheidungen die Berücksichtigung oder Nicht-Berücksichtigung von Jugendlichen positiv und negativ zu sanktionieren könnte also die Chancen einer Interessenorganisation junger Menschen relevant erhöhen und damit auch andere Formen der Interessenvertretung und -vermittlung stärken.

Fazit: „Absenkung des Wahlalters“ - Scheindebatte oder Kernfrage?

Zusammengefasst scheint die Frage der Beteiligung durch Wahlen zwar ein wichtiger Aspekt aber kein zentraler Lösungsansatz mit Blick auf eine bessere politische Beteiligung junger Menschen. Zunächst erscheint die Herabsetzung des Wahlalters als realpolitische Forderung kaum durchsetzbar. Eine Absenkung nur um wenige Jahre hätte dazu keine ausreichenden quantitativen Effekte. Aus grundsätzlichen Erwägungen ist die Forderung nach einer grundlegenden Reform des Wahlrechts dennoch richtig. Gleichzeitig verhindert eine Fokussierung auf diese Frage jedoch, dass andere Lösungsansätze nicht ausreichend in den Blick genommen werden.

Neue Einflussmöglichkeiten für junge Menschen

Einfluss durch Organisation

Die eingangs referierten Forschungsergebnisse zur Entwicklung des politischen Engagements junger Menschen und die Hinweise auf unterschiedliche Formen politischer Beteiligung rücken die Frage der Rolle von Organisationen bei der Interessenvermittlung in den Mittelpunkt. Mit den sehr eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten die das im Grundgesetz festgelegte repräsentative Modell vorhält, weist sich unsere Demokratie als so genannte „schwache Demokratie“ aus, die auf weitere zivilgesellschaftliche Formen der Beteiligung der Gesellschaft an politischen Prozessen angewiesen ist. Der Artikel 28 des Grundgesetzes weist hier vor allem den Parteien eine wichtige Rolle zu. Daneben ist die Bündelung von Interessen in Verbänden eine wichtige Ergänzung und wichtiges Korrektiv für die Meinungsbildung in und durch Parteien. Beide Bereiche bieten jungen Menschen erhebliche Beteiligungsmöglichkeiten. Die Parteien haben eigene Nachwuchsorganisationen. Im Verbandsbereich stellen die Jugendverbände ein Modell der demokratisch legitimierten Interessenvertretung in selbst organisierter Form dar.

In der Wirklichkeit unserer demokratischen Gesellschaft ist die Mitwirkung Jugendlicher in Parteien als Problembereich zu identifizieren: Die Nachwuchsorganisationen der Parteien erreichen nur sehr geringe Anteile der jungen Generation, die verbindliche Mitarbeit in einer Partei bildet geradezu einen Ausnahmetatbestand. Die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen der beiden großen Parteien CDU und SPD befinden sich seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts im beständigen Sinkflug. Ansteigende Zahlen, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau haben die JuLis und die GRÜNE JUGEND zu verzeichnen, wobei der besondere Charakter und die jüngere Geschichte der Nachwuchsorganisation DER GRÜNEN zu berücksichtigen ist. Es ist davon auszugehen, dass von den 16- bis 24-Jährigen Anfang der 1990er Jahre noch 0,75 % der Jugendlichen organisiert waren, bis 2003 ist diese Quote auf 0,5 % geschrumpft. Der Anteil der Jugendlichen an den Parteimitgliedern schwankt zwischen 5,5 % bei der FDP, über 2,5 % bis 3 % bei CDU und SPD bis zu 2 % bei der PDS. Wird der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung mit dem Anteil der Jugendlichen, die in einer der Parteien Mitglied sind, verglichen und ein so genannter Proportionalitätsquotient berechnet, dann zeigt sich, dass die die 16- bis 24-Jährigen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in der FDP zu 50 % repräsentiert sind, bei der Union und der SPD zu weniger als einem Sechstel und bei der PDS sogar nur zu einem Siebtel. (Vgl. zu diesen Daten Niedermayer 2006) Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, das junge Menschen über parteiinterne Beteiligungsmöglichkeiten Politik beeinflussen, sehr begrenzt ist. Es bedeutet weiter ein Problem für das politische System, denn wenn das Modell der Mitgliederparteien immer mehr verloren geht (zu Gunsten von „Wahlvereinen“ amerikanischen Typs) verschwindet damit auch ein wichtiges Element der demokratischen Willensbildung. Wie soll also in unserer Gesellschaft zukünftig die Beteiligung an Politik organisiert werden?

Auch das Modell der Interessenvertretung durch Verbände stellt sich im Jugendbereich aktuell als nicht übermäßig erfolgreich dar. Die offensichtliche Wirkungslosigkeit der immer nachdrücklicher werdenden Stellungnahmen und Forderungen der Jugendverbände und Jugendringe zeigt, dass es hier ein Problem gibt. Dieses liegt – anders als bei den Parteien – aber nicht in einer grundlegenden Organisationsmüdigkeit oder mangelnden Engagementbereitschaft junger Menschen. Der Zuspuch, den z. B. die Jugendverbände finden, ist nicht relevant zurückgegangen und auch die Bereitschaft, Wahlfunktionen und Ehrenämter in der demokratischen Struktur zu übernehmen, ist in den letzten Jahren nicht eingebrochen (vgl. Fischer, 2000 und Picot, 2005). (Zu aktuellen Zahlen zur Mitgliedschaft siehe oben.)

Die quantitativen Werte machen aber keine Aussage darüber, in wie weit sich hier tatsächlich ein auf eine Organisation der politischen Interessenvertretung im engeren Sinne bezogenes Engagement widerspiegelt. Die festgestellte Distanz zu repräsentativen Beteiligungsformen dürfte sich auch hier auswirken. Beispielhaft ließe sich fragen, wie viele Mitglieder eines Jugendverbandes tatsächlich wissen und gut heißen, was ihre Verbandsspitze auf Bundesebene überhaupt fordert. Diese Situation führt dazu, dass der Legitimitätsanspruch der Jugendverbände in der jugendpolitischen Interessenvertretung immer stärker in Frage gestellt wird.

Es zeigt sich als ein Kernproblem, dass die Interessenvertretung der jungen Menschen nicht mit relevanten Sanktionsmechanismen bewehrt ist. Ohne die Möglichkeit, Parteien und Politiker durch entsprechende Konsequenzen – wie Wahlergebnisse – für die wachsende Benachteiligung abzustrafen, sind Selbstorganisationen junger Menschen in der Interessen-Vertretung darauf angewiesen, dass ihnen ein entsprechendes politisches Mandat gleichsam von ihrem Gegenüber zugewiesen wird. Diese Bedeutungszuweisung – sei es als systemisch entwickelter Anspruch auf Basis der demokratischen Struktur, sei es als Zuweisung einer anwaltlichen Funktion – scheint zunehmend zu fehlen, wie die mangelnde Berücksichtigung der artikulierten Interessen zeigt. Jugendverbände haben hierauf aber nur wenig Einflussmöglichkeiten. Natürlich können sie – wie sie es seit Jahren tun – immer wieder die Begründung und Legitimation ihres jugendpolitischen Mandats stereotyp wiederholen. Eine Bereitschaft der Politik, dies so zu akzeptieren, scheint aber immer weniger gegeben.

„Mehr von dem selben?“

Betrachtet man, welche Lösungsmöglichkeiten Jugendverbände in der veränderten Situation verfolgen, so scheint dies dem – weitgehend vergeblichen – Versuch zu entsprechen, alte Funktionsweisen zu restaurieren, weil und obwohl diese nicht mehr ausreichend funktionieren. Zwei Punkte stehen hier im Vordergrund

- das – zunehmend weltfremd wirkende – Beharren auf einem (Allein-) vertretungsanspruch junger Menschen auf Basis der demokratisch legitimierten Interessenorganisation
- das Ziel, im Rahmen des verbandlichen politischen Engagements auf ein Engagement in Parteien hinzuwirken, als Leitbild einer mündigen demokratischen Beteiligung.

In dem vor allem der erste Punkt immer eindringlicher, stereotyper und wirkungsloser wiederholt und der zweite nicht reflektiert wird, weisen sich beide als typische Organisationsmanagementfehler des Typs „mehr von dem selben“ aus: Das, was in der Vergangenheit sich als wirksam erwiesen hat, wird einfach in seiner Dosis gesteigert. Es ist aber zu fragen, ob überhaupt noch die Grundlagen für eine Wirksamkeit bestehen.

- Beide Strategien laufen gegen den Trend, sowohl was die Präferenzen junger Menschen als auch aktuelle Deutungsmotive im politischen Raum angeht.
- Zumindest in den Parteien dürfte mittlerweile eine Situation eingetreten sein, die nur noch eine Minderheit junger Menschen integrieren kann, etwa weil flächendeckende Jugendstrukturen weg gebrochen sind.
- Die repräsentativen Beteiligungsstrukturen der Verbände selbst, die für beides die Basis bilden, sind gerade der Teil der Jugendverbandsarbeit, der nicht „von selbst läuft“, sondern in dem dringende Reformbedarfe deutlich werden und der eher noch „gerade eben“ und notwendigerweise aufrecht erhalten wird.

Damit mögen beide Strategien zwar theoretisch richtig sein – ihnen fehlen jedoch die Erfolgsaussichten. Umgekehrt ist aber zu fragen, ob es überhaupt Alternativen zu ihnen gibt.

Als Kernproblem muss auf der einen Seite die wachsende Ablehnung der Praxis einer repräsentativen Demokratie – in den Parlamenten, in den Parteien und nicht zuletzt in den Verbänden – von jungen Menschen identifiziert werden. Dies ist ein ernsthaftes Problem für das Funktionieren des politischen Systems. Gleichzeitig ist das politische System jedoch auf solche Formen hin angelegt, um ebenenübergreifende und komplexe Prozesse der Interessenvermittlung und politischen Willensbildung vorzunehmen. Sofern es also darum geht, tatsächlich eine nachhaltige Interessenvertretung außerhalb der direkten Lebenswelt junger Menschen zu organisieren, sind Jugendverbände – ebenso wie Parteien, Parlamente usw. auf diese Formen angewiesen.

Dies führt die Jugendverbände in ein Dilemma: Auf der einen Seite erweisen sich die alten Antworten als unaufgebar richtig, auf der anderen Seite bieten sie kaum die Gewähr eines Erfolges. Potenziert wird das Dilemma dadurch, dass Jugendverbände in diesen Fragen nur als nachgeordnete Akteure Einfluss haben, sie haben nur geringe – und perspektivisch schrumpfende - Einflussmöglichkeiten auf Politik und Parteien, die hier zentral angefragt sind. Dieses Dilemma lässt sich also von den Jugendverbänden nicht einfach auflösen, sondern bestenfalls entschärfen, in dem neben den zentralen traditionellen Beteiligungsformen, die unaufgebar erscheinen, neue Möglichkeiten entwickelt und genutzt werden.

Konkret bedeutet das, dass es zunächst richtig ist, Politik und Parteien unverdrossen nachdrücklich daran zu erinnern, dass unser politisches System repräsentative Beteiligungsformen erzwingt und diese soweit irgend möglich befördert werden müssen, wenn man sich „nicht selber das Wasser abgraben will“. Das Einüben in repräsentative demokratische Formen ist in der aktuellen Situation eine „knappe Ressource“ und ein Alleinstellungsmerkmal der Jugendverbandsarbeit. Es muss gegenüber anderen Formen entsprechend vorrangig berücksichtigt und auch gefördert werden.

Zu einer solchen Förderung gehört auch, an die repräsentative Beteiligung junger Menschen nicht höhere Maßstäbe anzulegen, als an die eigene Legitimation. Jugendverbände vertreten die Interessen ihrer Mitglieder nach denselben Prinzipien wie Abgeordnete die ihrer Wähler(innen) oder Parteifunktionäre die der Parteimitglieder. Vorrangig ist jedoch zu fragen, welche Möglichkeiten der Entlastung und Ergänzung repräsentativ organisierter Kerne es gibt und welche weiteren Wege es gibt, die wirkungsvolle Beteiligung junger Menschen sicherzustellen.

In den vergangenen Jahren haben sich vielfältige neue Formen der politischen Partizipation entwickelt. Neben *parlamentarischen Formen* (z.B. Jugendgemeinderäte, Kinder- und Jugendparlamente), für die Kinder- und Jugendliche nach repräsentativen Kriterien von Gleichaltrigen delegiert werden, haben sich *offene Formen* (Zukunftswerkstätten, Foren für Kinder und Jugendliche) herausgebildet, zu denen alle Interessierten eingeladen werden. Daneben lassen sich *projektbezogene Formen* der Beteiligung (z. B. Projekte zur Verkehrsplanung oder Spielplatzgestaltung, Informationskampagnen für Abgeordnete) beobachten, die sich vorwiegend an Betroffene richten. Zusätzlich dienen *verwaltungsortorientierte Formen* (z.B. Kinderanwälte, Kinderbeauftragte, Kinderbüros) unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen Ebene dazu, deren Perspektiven systematisch zu berücksichtigen. Auf praktischer Ebene sind häufig Kombinationen dieser unterschiedlichen Beteiligungsformen zu beobachten.

Im Kontext dieser Formen der Teilhabe findet politische Willensbildung statt. Prozesse politischer Willensbildung können als Formen normativer Verständigung im Horizont sich

wandelnder Werte betrachtet werden, die kollektive Deutungen hervorbringen. Neben den Netzwerken der sozialen Milieus vermitteln vor allem Medien solche Deutungen. Die veränderten technischen Voraussetzungen eröffnen hier die Möglichkeit veränderter Kommunikation. Dadurch, dass Medien wie das Internet immer mehr Menschen die Möglichkeit eröffnen, solche Kommunikationsprozesse aktiv und unaufwendig mitzugestalten und dabei große Wirkungen zu erzielen, besteht die Chance, Information gleichsam zu „demokratisieren“ und hierarchische Informationspyramiden aufzulösen. Gleichzeitig erhöht das Internet aber massiv die Anforderungen an den Einzelnen, Informationen zu bewerten, zu strukturieren und zu verarbeiten. Neben der Chance der Demokratisierung von Kommunikation besteht auch die Gefahr einer Verstärkung von undemokratischer Medienmacht. Wenn es jedoch gelingt, die technischen Möglichkeiten sowohl basal für intermediäre wie konkret für im engeren Sinne politische Prozesse nutzbar zu machen, könnte dies zunächst einen enormen Effizienzgewinn bedeuten. Mehr Menschen könnten sich mit weniger Aufwand am politischen Diskurs beteiligen. Auch Jugendverbände könnten hierdurch ihre personalen Strukturen entlasten und ergänzen. Daneben sind viele flexiblere und flüchtigere Formen der Organisation und Beteiligung denkbar. Besonders bedeutsam erscheint die Möglichkeit der Aufhebung oder Reduzierung räumlich-zeitlicher Probleme bei Beteiligungsprozessen, weil relativ unaufwendig ebenenübergreifend direkte Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet werden können.

In diesem Kontext ist von Interesse, dass die neuen Kommunikationsformen auch dazu dienen können, neue Netzwerke neben den traditionellen Strukturen z. B. von Parteien und Organisationen zu entwickeln. Die Potentiale des schnellen, die Ebenen übergreifenden Austauschs von Informationen und ein durch das Internet gestützter Diskurs über gesellschaftliche und politische Fragen werden bislang nur ansatzweise genutzt. Ohne die Kommunikation über das Internet wäre z. B. die Wirkung von Attac, ohne die politischen Auseinandersetzungen zu verharmlosen, die ein „weltweiter“ Diskurs mit sich bringen nicht denkbar, würde eine grenzüberschreitende Verabredung von Aktionen nur unter größeren Schwierigkeiten möglich sein.

Weit weniger spektakulär ist die Möglichkeit für Verbände und Organisationen jenseits der Verabschiedung von Resolutionen und Stellungnahmen unkonventionellere Formen der politischen Beteiligung, wie Kampagnen, Unterschriftensammlungen oder gezielte Aktionen zur Artikulation politischer Interessen von Jugendlichen zu nutzen und zu unterstützen. Dabei ist auch davon auszugehen, dass die Interessen junger Menschen häufig deckungsgleich mit denen Erwachsener sind, sei es, weil diese sich mit jungen Menschen identifizieren und deren Interessen mit berücksichtigen, sei es, weil diese hier ihre Eigeninteressen entdecken. Dieses Potential sollte in der Arbeit der Verbände stärker kommunikativ und strategisch berücksichtigt werden. Es sollte häufiger versucht werden, verbands- bzw. organisationsübergreifende Bündnisse zu schmieden, auch um den Geschmack des reinen Verbandslobbyismus abzulegen, der einzelnen Aktionen anhaftet.

Ein Beispiel: Die Jugendförderung ist sicherlich ein spezifisches Jugendinteresse. Dennoch – oder gerade deshalb – ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, mehr als 300.000 Unterschriften von Wahlberechtigten für eine Gesetzesinitiative gegen Kürzungen in der Jugendförderung zu sammeln. Die Landesregierung ist dennoch – bislang – noch nicht von ihren Plänen abgerückt, obwohl sie das Gegenteil bei den Landtagswahlen versprochen hatte. Ein solches politisches Agieren ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Jugendlichen, sondern jedes erwachsenen Unterstützers der Initiative und jedes/r Wählers/in. Wenn nun die Jugendverbände und die Kinder- und Jugendarbeit in der Lage sind, eine entsprechende Unterstützung für die Interessen junger Menschen zu organisieren, ist es konsequent

anzunehmen, dass auch eine Kampagne mit Blick auf die künftige Wahlen, dieses Agieren abzustrafen, nicht ohne Erfolg bleiben dürfte. Für das politische Handeln von Jugendverbänden sollten eine Vielzahl von Szenarien für Kampagnen und Aktionen im Interesse von Jugendlichen entwickelt werden.

Im Rahmen dieses Beitrags konnten verschiedene Handlungsebenen nur angedeutet und skizziert werden. Perspektive der Überlegungen ist, die Formen politischer Beteiligung zu erweitern, um die Potentiale und Interessen von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärker zu berücksichtigen und Grundlagen zu schaffen, dass sich das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durchsetzen kann. In diesem Prozess sind weitere Fragen zu diskutieren. Wie kann ein alltagsorientierter Ansatz der Politik Grundlage des politischen Handelns werden, in dem die strukturellen, globalen und langfristigen politischen Fragen nicht übergangen werden? Wie kann ein verändertes Bild der politisch Handelnden gezeichnet werden, das den Mief des Politikarbeiters hinter sich lässt? Wie kann der jugendkulturellen Produktivität in politischen Entscheidungsprozessen mehr Raum gegeben werden? Wie können Formen der politischen Beteiligung geschaffen werden, die den Artikulationsformen von Jugendlichen einen angemessenen Platz geben? Dies sind nur einige der Fragen, deren Beantwortung wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Integrationsfähigkeit von Verbänden, Organisationen und Parteien hat, denn gerade in einer Bürgergesellschaft als einer demokratischen Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation muss es definierte Orte und transparente Formen des Aushandelns und der Vermittlung kollektiver Interessen geben, an denen eine Vielzahl von Menschen teilhaben.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh

Gille, Martina u. a. (2006): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften. (Vgl. zu diesen Daten Kap. 5: Gesellschaftliche und politische Beteiligung)

Niedermayer, Oskar (2006): Jugend und Parteien. In: Roller, Edeltraut u. a. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal“. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften